

WP-Update

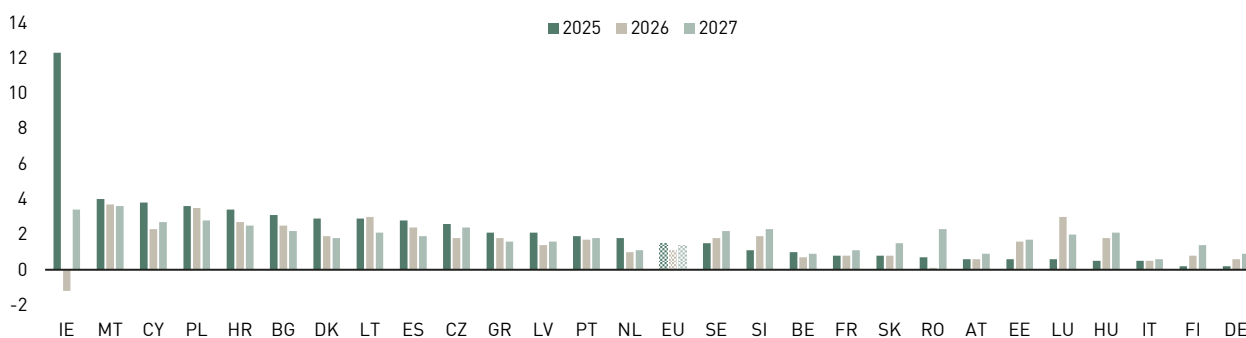
EU-Wachstum verlangsamt sich

EU-Konjunkturradar 1/2026

Die Europäische Union befindet sich 2026 in einem zunehmend **herausfordernden ökonomischen Umfeld**. Wachsende Unsicherheit und geopolitische Risiken belasten die wirtschaftliche Entwicklung und verschärfen bestehende **strukturelle Schwächen**. Während das vergangene Jahr vor allem von der US-Zollpolitik geprägt war, stehen im laufenden Jahr insbesondere die Auswirkungen des Nahostkonflikts sowie die damit verbundenen **Energie- und Preisschocks** im Vordergrund. Diese dämpfen das Wachstum, erhöhen den Inflationsdruck, schwächen die Wettbewerbsposition Europas weiter und verschärfen fiskalische Ungleichgewichte. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich nach einem moderaten Wachstum im Jahr 2025 für das laufende Jahr eine **weitere Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik** ab.

Die durchschnittliche BIP-Wachstumsrate der EU verdeckt markante Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten

Reales BIP-Wachstum, Veränderung zum Vorjahr (%)



Quelle: Europäische Kommission, Wirtschaftsprognose Frühling 2026.

Nach einem BIP-Wachstum der EU von 1,5 % im Jahr 2025 wird laut neuester Prognose der Europäischen Kommission für das laufende Jahr nur noch ein **Wachstum von 1,1 %** erwartet (Euroraum: 0,9 %) – das sind 0,3 Prozentpunkte weniger als in der letzten Prognose im Herbst 2025. Hauptgründe für die schwache Entwicklung sind der Nahostkonflikt und der damit verbundene **Energiepreisschock**, dessen Auswirkungen voraussichtlich auch 2027 (1,4 %) noch spürbar sein werden. Das durchschnittliche EU-Wachstum verdeckt jedoch **erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten**. Besonders 2025 zeigten sich deutliche Ungleichgewichte:

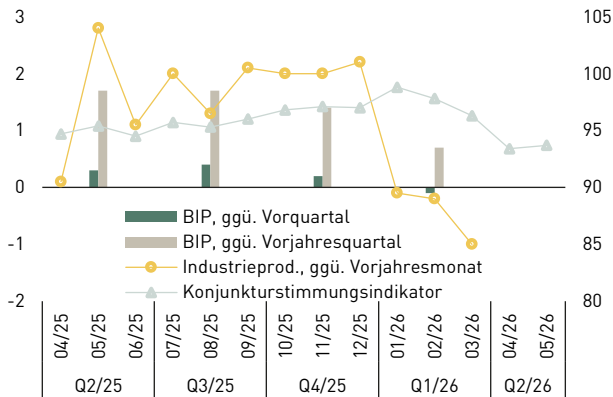
- Drei der vier größten Volkswirtschaften der EU verzeichneten letztes Jahr ein unterdurchschnittliches Wachstum. **Deutschland** bildete dabei mit 0,2 % das Schlusslicht, aber auch **Frankreich** (0,8 %) und **Italien** (0,5 %) wiesen ein geringes Wachstum auf. Faktoren wie eine schwache Wettbewerbsfähigkeit, eine geringe Auslandsnachfrage und ein verhaltener privater Konsum bremsten die wirtschaftliche Dynamik. **Spanien** (2,8 %) wies ein deutlich stärkeres Wirtschaftswachstum auf, getragen von einem boomenden Tourismussektor, einem stabilen Arbeitsmarkt und steigenden Investitionen.
- Mehrere osteuropäische Länder wie **Bulgarien, Kroatien** und **Polen** erzielten sogar BIP-Wachstumsraten von über 3 %, gestützt durch einen starken Binnenkonsum sowie durch EU-Mittel geförderte Investitionen. Auch **Zypern** (3,8 %) und **Malta** (4,0 %) entwickelten sich besonders dynamisch, insbesondere aufgrund eines starken Dienstleistungssektors in Bereichen wie Tourismus, IT und Finanzdienstleistungen.
- Besonders hervor sticht **Irland** mit einem BIP-Wachstum von 12,3 % (2025). Ausschlaggebend waren maßgeblich vorgezogene Pharmaexporte in die USA sowie eine robuste Binnenkonjunktur mit steigenden Investitionen und wachsendem Privatkonsum. Für das laufende Jahr wird Irland jedoch als einzigem Mitgliedstaat ein negatives Wachstum von -1,2 % prognostiziert, was vor allem auf Basiseffekte infolge der Exportvorverlagerungen im Vorjahr zurückzuführen ist. Zudem erhöht die starke Konzentration auf wenige, von multinationalen Unternehmen dominierte Sektoren die Anfälligkeit gegenüber externen und sektorspezifischen Schocks.

Die Wirtschaftsstimmung in der EU zeigt sich durchwachsen

Im ersten Quartal 2026 fiel das EU-BIP um **0,1 %** (Euroraum: -0,2 %) gegenüber dem Vorquartal (+0,7 % ggü. Vorjahresquartal) und auch die Industrieproduktion weist im Vergleich zum Vorjahr ein **negatives Wachstum** auf. Die angespannte wirtschaftliche Lage spiegelt sich auch in der allgemeinen Wirtschaftsstimmung innerhalb der EU wider.

Nahostkonflikt dämpft Stimmungsaufhellung

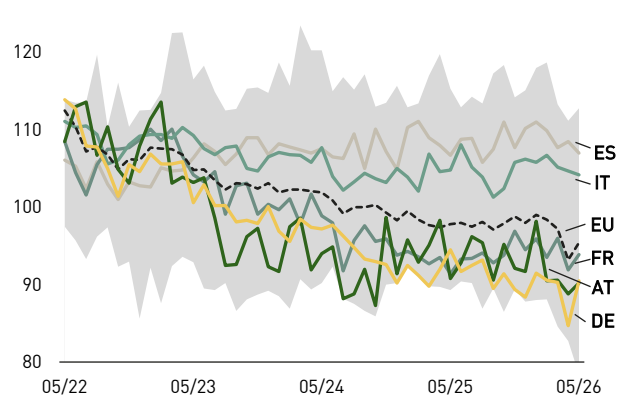
Economic Sentiment Indicator (ESI, rechts), Veränderungs-raten von Produktionsindikatoren (links)



Quelle: Eurostat | Kalenderbereinigt und saisonbereinigt. Industrieproduktion beruht im März 2026 auf geschätzten Werten.

Beschäftigungserwartungen driften auseinander

Employment Expectations Indicator (EEI)



Quelle: Eurostat | Beschäftigungserwartungen in den nächsten drei Monaten, saisonbereinigt.

- Die **EU-Industrieproduktion** stieg im März 2026 gegenüber Februar um 0,8 %, lag jedoch **1,0 % unter dem Vorjahresniveau**. Im Euroraum fiel sie im Jahresvergleich sogar um 2,1 % (0,2 % ggü. Februar). Belastend wirkten das Auslaufen von Vorzieheffekten aus dem ersten Quartal 2025 – insbesondere in Irland – sowie die gestiegenen Energiepreise. In den ersten drei Monaten 2026 lag die Industrieproduktion Irlands durchschnittlich 15,5 % unter dem Vorjahresniveau. Zudem drücken die schwache Industrieproduktion in großen Volkswirtschaften wie Deutschland den EU-Durchschnitt.
- Auch Indikatoren zur **Konjunkturstimung (ESI)** sowie zu **Beschäftigungserwartungen (EEI)** gingen im April 2026 nach einem kurzen Anstieg im Januar zum dritten Mal in Folge zurück. Im Mai bewegte sich die Konjunkturstimung in der EU weitgehend seitwärts (+0,3 Punkte), während sich die Beschäftigungserwartungen verbesserten (+2,1 Punkte). Beide Indikatoren liegen jedoch weiterhin deutlich **unter ihrem langfristigen Durchschnitt**. Auffällig ist zudem die seit 2023 zunehmend divergierende Entwicklung der Beschäftigungserwartungen zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Zwischen Nord- und Südeuropa zeigen sich zunehmend unterschiedliche Arbeitsmarktdynamiken

Arbeitslosenquote (%)



Quelle: Eurostat | Saisonbereinigt.

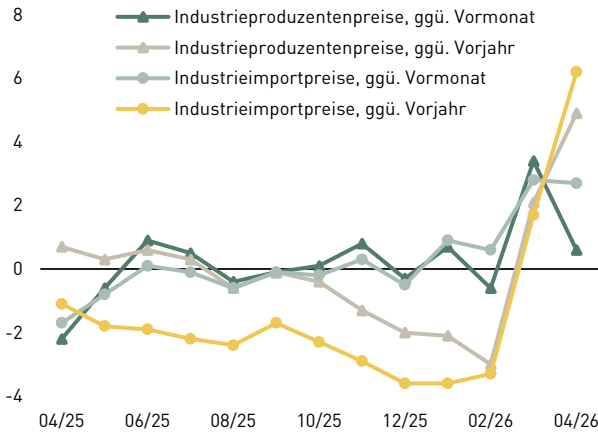
Die **EU-Arbeitslosenquote** blieb im April 2026 mit **6,0 %** seit Anfang 2025 unverändert (Euroraum: 6,3 %). Der Durchschnitt verdeckt jedoch deutliche Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten. Zwar bleiben die Arbeitslosenquoten in **Südeuropa vergleichsweise hoch**, sind dort in den letzten Jahren jedoch merkbar gesunken, während sie in Ländern mit einem traditionell starken Arbeitsmarkt teilweise gestiegen sind. Südliche Mitgliedstaaten verzeichnen dabei vor allem ein stärkeres Beschäftigungswachstum im Privatsektor, während dieses im **nördlichen Europa** aufgrund von Lohnsteigerungen und schwächerer Konjunktur **verhaltener** ausfiel. Zudem sind nördliche Arbeitsmärkte stärker industriegeprägt und durch strukturelle Schwächen im Verarbeitenden Gewerbe belastet, während südliche Länder stärker vom (Tourismus-) Dienstleistungssektor profitieren.

Die Inflation gerät unter Aufwärtsdruck

Der Nahostkonflikt treibt die Inflation, insbesondere über **steigende Energiepreise**, wodurch sich auch die Industriepreise deutlich erhöhen. Unterschiede bei Energieabhängigkeit, Energiemix oder energiepolitischen Maßnahmen führen jedoch zu **unterschiedlichen Inflationsdynamiken** innerhalb der Mitgliedstaaten. Als Reaktion auf den zunehmenden Inflationsdruck erhöht die Europäische Zentralbank erstmals seit September 2023 den **Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 2,25 %**.

Die Industriepreise sind deutlich gestiegen

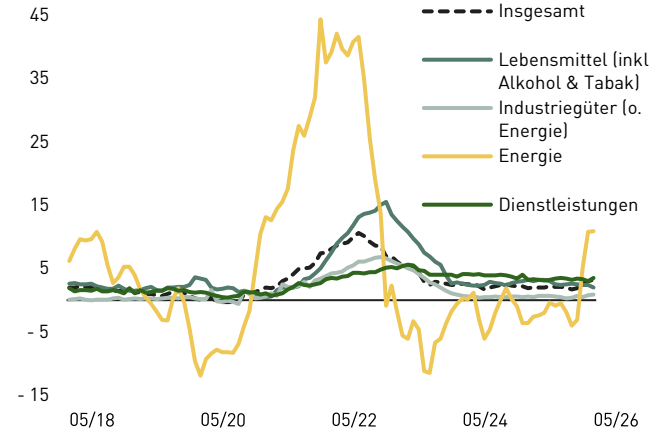
Preisänderungsrate (%), Euroraum



Quelle: Eurostat.

Steigende Energiepreise erhöhen den Inflationsdruck

Jährliche Wachstumsrate (%), Euroraum

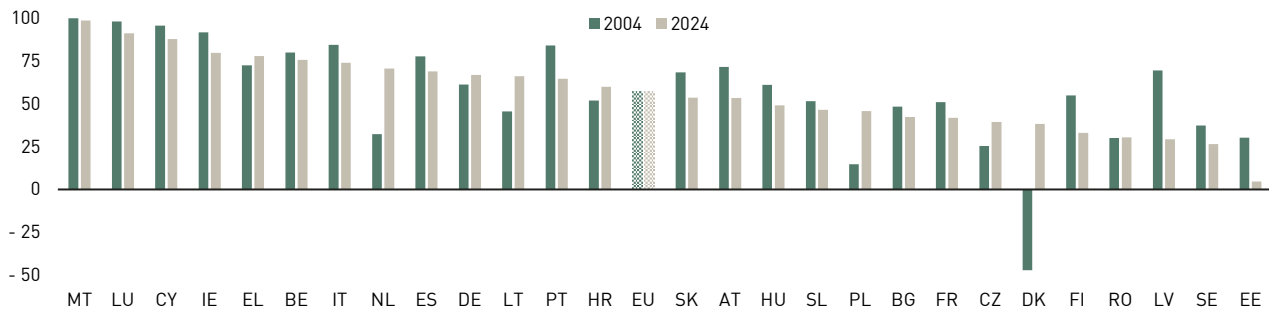


Quelle: Eurostat. | Inflation für den Mai belaufen sich auf Schätzungen.

- Der Nahost-Konflikt treibt über erhöhte Öl- und Gaspreise, steigende Frachtkosten und teurere Vorleistungsgüter sowohl **Industrieproduzenten-** (April: +4,9 %) als auch **Industrieimportpreise** (April: +6,2 %) im Jahresvergleich nach oben und belastet damit die ohnehin geschwächte preisliche Wettbewerbsfähigkeit Europas.
- Die **Inflationsrate** wird im Euroraum für Mai auf **3,2 %** (ggü. Vorjahr) geschätzt wird, wobei besonders die **Energiepreise (+10,9 %)** stiegen, gefolgt von Dienstleistungen (+3,5 %) und Lebensmitteln (+2,0 %).
- Jedoch zeigen sich auch in der Inflation erhebliche **Unterschiede zwischen einzelnen Ländern**. **Bulgarien**, das Anfang 2026 der Eurozone beitrug, verzeichnete im Mai mit **6,3 % die höchste Gesamtinflation** im Euroraum. Maßgeblich dazu beigetragen hat die Energiekomponente (+18,2 %). Darüber hinaus kam es nach der Euroeinführung bei Lebensmitteln und Dienstleistungen zu teilweise leicht überdurchschnittlichen monatliche Preissteigerungen im Vergleich zu den Vorjahren, ein Effekt, der auch bei früheren Euro-Einführungen beobachtet wurde.
- Außerhalb des Euroraums sticht **Rumänien** mit einer Gesamtinflation von **9,5 %** und einer Energieinflation von 21,2 % (April 2026) hervor. Neben den Auswirkungen des Nahostkonflikts trieben jedoch bereits 2025 Maßnahmen wie die Aufhebung der Strompreisobergrenze Energiepreise nach oben. Zusätzlich erhöhten Anhebungen der Mehrwertsteuersätze die Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen.

Die EU weist nach wie vor eine hohe Abhängigkeit von Energieimporten auf

% der Nettoimporte an der verfügbaren Bruttoenergie



Quelle: Eurostat. | Energieabhängigkeit ist definiert als das Verhältnis der Nettoenergieimporte (Importe minus Exporte) zum gesamten Energieverbrauch.

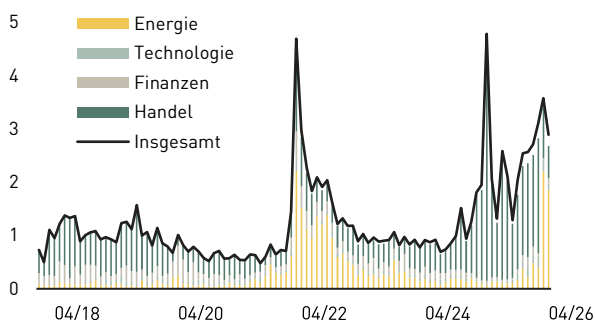
- Die EU ist mit rund **57 % Nettoenergieimporten** und dem Übergang zu einem **stärker LNG-basierten Energiesystem** anfällig für globale Energiemarktschocks.
- Besonders kleinere Volkswirtschaften wie **Malta, Litauen** und **Zypern** weisen eine hohe Importabhängigkeit auf. Dies führt jedoch nicht zwangsläufig zu hohen Energiepreisen: Während **Luxemburg** im April und Mai 2026 eine Energieinflation von **über 25 %** verzeichnete und damit eine der höchsten Gesamtinflationen der EU aufwies (Mai 2026: 4,5 %), blieb die Energieinflation in **Malta bei 0 %** (Gesamtinflation Mai 2026: 2,1 %). Grund ist eine seit bereits mehreren Jahren bestehende staatliche Festpreispolitik, die Strom- und Kraftstoffpreise subventioniert und so von der globalen Marktvolatilität entkoppelt, jedoch gleichzeitig die öffentlichen Finanzen erheblich belastet.
- Auch in **anderen EU-Ländern** werden Maßnahmen zur Abfederung steigender Energiepreise 2026 die **Staatsverschuldung erhöhen**. Im Vergleich zum Energieschock 2022 hat sich der fiskalische Spielraum vieler Länder jedoch durch zusätzliche Ausgaben für Verteidigung, Demografie und Investitionen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit deutlich verringert.

Geopolitik belastet das europäische Wirtschaftsmodell

Geopolitische Spannungen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen und wirken sich zunehmend negativ auf Europa aus. Während 2022 vor allem **Russlands Angriffskrieg** die EU-Mitgliedstaaten energie- und sicherheitspolitisch betraf, war 2025 insbesondere von der **US-Handelspolitik** geprägt. Der **Nahost-Konflikt** bringt das Thema Energiepreisvolatilität zurück auf die Agenda der meisten EU-Mitgliedstaaten.

Geopolitische und -ökonomische Phänomene beeinflussen den internationalen Handel und die Energieversorgung

(L)arge-language-model (G)eo-economic and Geo(P)olitical (T)ensions (LGPT)-Index (%)*

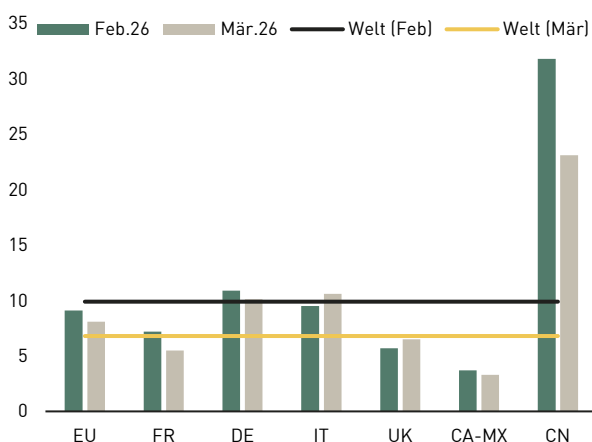


Quelle: Ioannou, D., Prioriello, R. & Durrani, A. | *Anteil der Zeitungsartikel in FR, DE, IT und ES, die sich auf geoökonomische Spannungen beziehen.

Geopolitische und geoökonomische Spannungen haben in den letzten Jahren ihren höchsten Stand seit Einführung des Euro erreicht. Besonders betroffen sind der **internationale Handel und die Energieversorgung**. Während mit dem Donald Trumps „Liberation Day“ ab 2. April 2025 vor allem der Handel im Fokus stand, rückt seit Jahresbeginn 2026 mit der Schließung der Straße von Hormus erneut der Energiesektor in den Mittelpunkt. Auch der internationale Warenhandel wird durch die Blockade beeinflusst. Denn neben Energieprodukten wie Rohöl oder LNG, werden auch kritischen **Rohstoffe** und Düngemittel durch die maritime Engstelle verschifft. Dieser negative Angebotschock führt weltweit zu einer geringeren Verfügbarkeit sowie zu höheren Preisen zentraler Vorleistungen.

Bilateraler US-Zollsatz der EU deutlich niedriger als jener Chinas

Bilaterale effektive US-Zollsätze

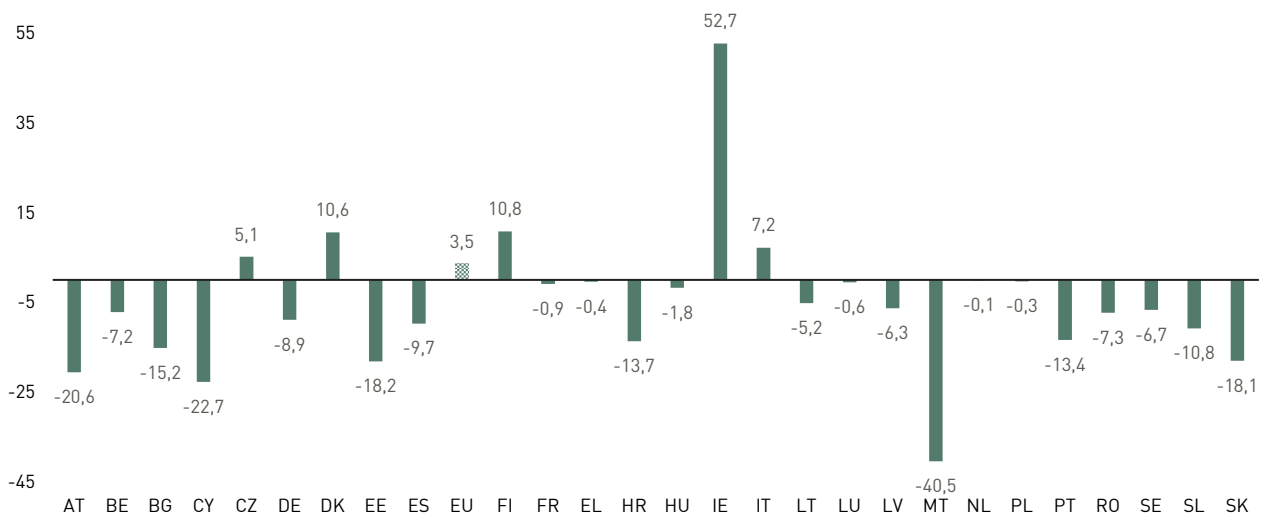


Quelle: IW Köln auf Basis von Daten des US Census Bureau.

Der weltweit durchschnittliche effektive US-Zollsatz stieg nach dem „Liberation Day“ im April 2025 von rund 2,3 % im Jahr 2024 auf **mehr als das Vierfache** an, ging jedoch nach der Aufhebung der IEEPA-Zölle im März 2026 wieder auf knapp unter 7 % zurück. Der effektive Zollsatz der EU (März 2026: **8,1 %**) liegt seither zwar über dem weltweiten Durchschnitt, jedoch weiterhin deutlich unter dem Niveau Chinas und anderer asiatischer Volkswirtschaften, was der Union einen Vorteil verschafft. Innerhalb der EU sind insbesondere **Deutschland** und **Italien** als größte EU-Handelspartner der USA überdurchschnittlich von den Zöllen betroffen. **Frankreich** ist durchschnittlich weniger belastet. Zudem verdeutlicht das Beispiel Kanadas und Mexikos die **Bedeutung von Handelsabkommen**: Ihre effektiven Zollsätze liegen deutlich unter dem globalen Durchschnitt.

Vorgezogene Pharmaexporte in die USA treiben die Exporte einzelner EU-Mitgliedstaaten nach oben

Export-Wachstum (nominal) in die USA 2025 im Vergleich zu 2024 (%)



Quelle: Eurostat | Außenhandelsstatistik.

Trotz ihrer restriktiven Zollpolitik blieben die USA im Jahr 2025 der wichtigste Exportmarkt der EU. Die angekündigten Zollerhöhungen führten im ersten Quartal zunächst zu starken **Vorzieheffekten**, gefolgt von einem Exportrückgang im weiteren Jahresverlauf. Insgesamt stiegen die EU-Warenexporte in die USA 2025 dennoch wertmäßig um rund **3,5 %** gegenüber dem Vorjahr.

- Dieses Wachstum wurde jedoch maßgeblich von **Irland** getragen (EU-Exportwachstum ohne Irland: -4,2 %). Irlands Exporte in die USA nahmen 2025 um mehr als 52 % zu, wobei über die Hälfte der Exporte auf medizinische und pharmazeutische Produkte entfiel. Auch andere Mitgliedstaaten wie **Italien** und **Dänemark** profitierten von vorgezogenen Pharmaexporten.
- **Österreich** hingegen, das 2025 einen Exportrückgang von mehr als 20 % verzeichnete, sah seine Pharmaexporte in die USA deutlich sinken, was wesentlich zum Minus beitrug. Da die Pharmaexporte in den beiden Vorjahren außergewöhnlich stark gestiegen waren, dürfte dieser Rückgang jedoch eher auf Sondereffekte als auf die US-Zollpolitik zurückzuführen sein. Daneben wirkten sich Deutschlands Exportrückgänge, insbesondere bei Maschinen und Fahrzeugen, indirekt negativ auf Österreich aus.
- Die stärksten Ausfuhrückgänge in die USA mussten 2025 **Malta** (-40,5 %) **Zypern** (-22,7 %) hinnehmen. Auch diese Entwicklungen dürften jedoch nur begrenzt auf die US-Zollpolitik zurückzuführen sein, da beide Länder zuvor von einmaligen Sonderexporten im Schifffahrts- bzw. Luftfahrtbereich profitiert hatten.

Insgesamt zeigt sich, dass der Anstieg der EU-Exporte in die USA im Jahr 2025 vor allem von wenigen Ländern und **temporären Vorzieheffekten im Pharmasektor** getragen wurde. Eine Fortsetzung dieses Trends erscheint für das laufende Jahr jedoch unwahrscheinlich. Im ersten Quartal 2026 schrumpften die EU-Exporte in die USA um **30 %** gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Zusätzlich wirken künftig mehrere Faktoren belastend: US-Zölle von 15 % auf gewisse Pharmaimporte aus der EU sowie die Abwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro, die die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Exporte weiter schwächen könnte.

FAZIT: Energiepreisschocks und handelspolitische Veränderungen treffen auf strukturell sehr unterschiedliche EU-Mitgliedstaaten. Von zentraler wirtschaftspolitischer Bedeutung ist es daher, die Anfälligkeit gegenüber globalen Energiepreisschwankungen zu verringern – insbesondere durch den **Ausbau erneuerbarer Energien** und einer **stärkeren Energiemarktintegration**. Darüber hinaus gilt es, **Handelsbeziehungen zu diversifizieren**, um geopolitisch robuste Marktzugänge zu sichern. Dringend voranzutreiben ist auch die **Vertiefung des Binnenmarkts**, vor allem durch den Abbau regulatorischer Fragmentierung sowie eine stärkere Integration der Dienstleistungs- und Kapitalmärkte. Dazu flankierend braucht es eine **zielgerichtete EU-Industriepolitik**, um im globalen Wettbewerbsdruck zu bestehen und Abhängigkeiten zu reduzieren.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Theresa Francke,
theresa.francke@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 5336
24. Juni 2026